BUNDESPARTEIGERICHT
CDU-BPG 2/2005

BESCHLUSS

In der Parteigerichtssache

des Herrn O. G. in M.

**- Antragsteller, Beschwerdeführer
und Rechtsbeschwerdeführer -**

gegen

die (...) der CDU/CSU
des CDU-Kreisverbandes N.,
vertreten durch den Vorstand,
dieser vertreten durch den Vorsitzenden
Herrn H.-J. D. in N.

**- Antragsgegner, Beschwerdegegner
und Rechtsbeschwerdegegner -**

wegen Wahlanfechtung

hat das Bundesparteigericht im schriftlichen Verfahren am 27. September 2005 unter Mitwirkung seiner Richterinnen und Richter:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Pia Rumler-Detzel

Präsident des Landgerichts a. D.

Dr. Friedrich August Bonde

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi Lambert-Lang

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Karl-Friedrich Tropf

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht

Dr. Wolfgang Knippel

b e s c h l o s s e n :

1. **Auf die Rechtsbeschwerde des Antragstellers wird der Beschluss des Landesparteigerichts der CDU N. vom 24. Februar 2005 (LPG 7/04) geändert und wie folgt neu gefasst:**

Der Beschluss des Kreisparteigerichts N. vom 26. August 2004 wird geändert. Der Antrag des Antragstellers auf Feststellung, dass die Wahlen von sechs Beisitzern sowie von Delegierten und Ersatzdelegierten in der Mitgliederversammlung des Antragstellers am 13. Mai 2004 unwirksam waren, wird abgelehnt.

Im Übrigen wird die Beschwerde zurückgewiesen.

2. **Die weitergehende Rechtsbeschwerde des Antragstellers wird zurückgewiesen.**
3. **Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei; außergerichtliche Kosten und Auslagen werden nicht erstattet.**

Gründe:

I.

Die Beteiligten streiten um die Wirksamkeit von Vorstands- und Delegiertenwahlen.

Der Antragsteller ist Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU des Kreisverbandes N.. Diese führte am 13. Mai 2004 Vorstands- und Delegiertenwahlen durch. Der Antragsteller kandidierte ohne Erfolg als Beisitzer und Delegierter.

Mit seinem Antrag vom 19. Mai 2004 an das Kreisparteigericht der CDU im R.-K. N. hat der Antragsteller die Vorstands- und Delegiertenwahlen mit der Begründung (teilweise) angefochten, diese seien verfahrensfehlerhaft durchgeführt worden. Die Mitgliederversammlung habe keinen Beschluss über die Zahl der zu wählenden Beisitzer gefasst. Er sei bei seiner Kandidatur dadurch diskriminiert worden, dass sein Name handschriftlich auf dem Stimmzettel nachgetragen worden sei. Die Versammlungsteilnehmer seien bei den Vorstands- und Delegiertenwahlen zur Einhaltung des - nach seiner Auffassung verfassungswidrigen - Frauenquorums aufgefordert worden. Delegierte und Ersatzdelegierte hätten in einem Wahlgang und nicht in getrennten Wahlgängen gewählt werden müssen. Bei Stimmgleichheit hätten sich die Ersatzdelegierten auf die Reihenfolge geeinigt, statt Stichwahlen durchzuführen.

Der Antragsteller hat beantragt:

1. Die Wahlen von 6 Beisitzern in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 sind unwirksam.
2. Die Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten für die MIT-Bundesversammlung, die MIT-Landesversammlung und die MIT-Bezirksversammlung sowie für den Kreisparteitag der CDU des Kreises N. in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 sind unwirksam.
3. Hilfsweise für den Fall der Zurückweisung des Antrages zu Ziff. 2 wird festgestellt, dass der Antragsteller in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 zum Ersatzdelegierten für die MIT-Landes- und Bezirksversammlung gewählt wurde.

Der Vorsitzende des Kreisparteigerichts hat mit Verfügung vom 26. Mai 2004 als Termin zur mündlichen Verhandlung den 15. Juni 2004 bestimmt. Mit Schreiben vom 8. Juni 2004 hat der Antragsgegner das Kreisparteigericht gebeten, den Verhandlungstermin aufzuheben. Man wolle den Streit mit dem Antragsteller nicht über das Kreisparteigericht austragen. „Die auf Grund des Einspruchs vom 19. Mai 2004 notwendigen Wahlen sollten am 1. Juli 2004

stattfinden.“ Im Hinblick auf das Schreiben des Antragsgegners hat das Kreisparteigericht den Termin zur mündlichen Verhandlung aufgehoben.

Der Antragsgegner führte am 1. Juli 2004 Neuwahlen durch.

Mit Schreiben vom 19. August 2004 an das Kreisparteigericht hat der Antragsteller um die Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung gebeten. Er verfolge seinen Antrag weiter, da er trotz Eintritts des erledigenden Ereignisses der Neuwahlen am 1. Juli 2004 noch ein berechtigtes Interesse an der erstrebten Feststellung habe. Unter Mitwirkung seiner drei Mitglieder hat das Kreisparteigericht am 26. August 2004 beschlossen:

„Dem Terminierungsantrag wird nicht stattgegeben.“

Zur Begründung hat es angeführt, ein Feststellungsinteresse des Beschwerdeführers bestehe nicht. Die MIT beabsichtige nicht, in Zukunft bei der Durchführung von Wahlen Formvorschriften nicht zu beachten. Da der Terminierungsantrag nur als unzulässig eingestuft werden könne, bestehe für das „erkennende Gericht kein Handlungsbedarf“.

Gegen den Beschluss des Kreisparteigerichts vom 26. August 2004, dem keine Rechtsmittelbelehrung beigefügt gewesen ist, hat der Antragsteller am 18. Oktober 2004 „außerordentliche Beschwerde“ beim Landesparteigericht der CDU N. eingelegt. Er hat zunächst beantragt, den Beschluss des Kreisparteigerichts N. vom 26. August 2004 aufzuheben und das Kreisparteigericht zu verpflichten, unverzüglich Termin zur mündlichen Verhandlung zu bestimmen.

Auf Grund eines rechtlichen Hinweises des Vorsitzenden des Landesparteigerichts hat der Antragsteller beantragt,

1. den Beschluss des Kreisparteigerichts N. vom 26. August 2004 aufzuheben,
2. festzustellen, dass die Wahlen von 6 Beisitzern in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 unwirksam waren,
3. festzustellen, dass die Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten für die MIT-Bundesversammlung, die MIT-Landesversammlung und die MIT-Bezirksversammlung sowie für den Kreisparteitag der CDU des Kreises N. in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 unwirksam waren,
4. hilfsweise für den Fall der Zurückweisung des Antrages Ziff. 3 festzustellen, dass er zum Ersatzdelegierten für die MIT-Landes- und Bezirksversammlung gewählt wurde.

Zur Begründung hat er angeführt, die Ablehnung der Terminierung durch das Kreisparteigericht sei als faktische Ablehnung seines Begehrens in der Sache anzusehen. Für seine Feststellungsanträge bestünde trotz der Neuwahlen auch ein Feststellungsinteresse. Neben einem Rehabilitationsinteresse liege auch eine Wiederholungsgefahr vor, weil die geltend gemachten Verfahrensfehler - zumindest teilweise - bei den Wahlen am 1. Juli 2004 erneut vorgekommen seien.

Das Landesparteigericht der CDU N. hat mit Beschluss vom 24. Februar 2005 die „außerordentliche Beschwerde“ gegen den eine Terminsanberaumung ablehnenden Beschluss des CDU-Kreisparteigerichtes N. vom 26. August 2004 als unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es ausgeführt, die Beschwerde sei nach § 37 Abs. 1 PGO unzulässig, weil sie sich gegen eine Verfügung und nicht gegen eine anfechtbare Sachentscheidung des Kreisparteigerichts richte. Trotz der vom Kreisparteigericht angegebenen Begründung könne der Beschluss weder formell noch faktisch als die Instanz abschließende Entscheidung angesehen werden.

Gegen den Beschluss des Landesparteigerichts vom 24. Februar 2005 - dem Antragsteller zugestellt am 9. März 2005 - hat der Antragsteller am 11. März 2005 beim Bundesparteigericht Rechtsbeschwerde eingelegt. Zur Begründung macht er geltend, das Landesparteigericht habe Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG, § 14 PartG und § 37 Abs. 1 PGO nicht bzw. unrichtig angewendet. Bei dem Beschluss des Kreisparteigerichts handele es sich nicht um eine bloße prozessleitende Verfügung des Gerichts, sondern um eine faktisch die Instanz abschließende Entscheidung. Dies ergebe sich aus der Begründung des Beschlusses des Kreisparteigerichts. Denn das Kreisparteigericht habe sein Feststellungsinteresse verneint und abschließend erklärt, dass es für eine weitere Befassung keinen Handlungsbedarf mehr sehe.

Der Antragsteller beantragt:

Die Beschlüsse des Kreisparteigerichtes N. vom 26. August 2004 und des Landesparteigerichtes N. vom 24. Februar 2005 werden aufgehoben und wie folgt neu gefasst:

Es wird festgestellt, dass die Wahlen von 6 Beisitzern in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 unwirksam waren.

Es wird festgestellt, dass die Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten für die MIT-Bundesversammlung, die MIT-Landesversammlung und die MIT-Bezirksversammlung sowie für den Kreisparteitag der CDU des Kreises N. in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners am 13. Mai 2004 unwirksam waren.

Hilfsweise für den Fall der Zurückweisung des vorstehenden Antrages wird festgestellt, dass der Antragsteller in der Mitgliederversammlung des Antragsgegners vom 13. Mai 2004 zum Ersatzdelegierten für die MIT-Landes- und Bezirksversammlung gewählt wurde.

Der Antragsgegner beantragt,

die Rechtsbeschwerde zurückzuweisen.

Der Antragsgegner hat von einer Stellungnahme abgesehen.

II.

Das Bundesparteigericht kann ohne mündliche Verhandlung entscheiden, weil die Beteiligten sich hiermit einverstanden erklärt haben, § 25 Abs. 1 PGO.

Die form- und fristgerecht eingelegte Rechtsbeschwerde hat keinen Erfolg.

Der Antrag des Antragstellers auf Feststellung der Unwirksamkeit der Vorstands- und Delegiertenwahl der MIT vom 13. Mai 2004 ist beim Kreisparteigericht N. und beim Landesparteigericht der CDU N. im Ergebnis zu Recht ohne Erfolg geblieben. Das Bundesparteigericht hat lediglich die Notwendigkeit gesehen, den Ausspruch des Landesparteigerichts aus Gründen der Klarstellung neu zu fassen.

Das Bundesparteigericht sieht die Entscheidung des Kreisparteigerichts vom 26. August 2004 als einen die Instanz abschließenden Beschluss im Sinne des § 37 Abs. 1 Satz 1 PGO an. Die Tenorierung („Dem Terminierungsantrag wird nicht stattgegeben.“) deutet zwar auf eine bloße Verfügung (im Sinne des § 37 Abs. 1 Satz 2 PGO) hin. Auch durfte eine abschließende Entscheidung nicht ohne mündliche Verhandlung ergehen, da die Beteiligten sich hiermit gegenüber dem Kreisgericht nicht einverstanden erklärt haben (vgl. CDU-BPG 4/82). Für eine abschließende Entscheidung spricht indessen bereits die äußere Form. Die Terminsablehnung ist nicht als formlose Mitteilung des Vorsitzenden verfügt worden, sondern unter Mitwirkung der drei Richter des Kreisparteigerichts als förmlicher Beschluss er-

gangen. Dieser trägt die Unterschriften der Richter und ist den Beteiligten durch eingeschriebenen Brief förmlich zugestellt worden. Weiterhin lässt auch die Begründung hinreichend deutlich erkennen, dass es sich nicht um eine prozessleitende Verfügung, sondern um eine Entscheidung in der Sache handelt. Denn die Ablehnung, einen Termin zur mündlichen Verhandlung zu bestimmen, wird nicht verfahrensbezogen begründet, sondern auf das Fehlen eines Feststellungsinteresses für den Antrag des Antragstellers gestützt. Dabei hat das Kreisparteigericht sich - wenn auch nur knapp - mit den Fragen des Bestehens einer Wiederholungsgefahr und eines Kosteninteresses des Antragstellers auseinandergesetzt. Schließlich wird auch durch den Schlusssatz, dass das Kreisparteigericht keinen weiteren Handlungsbedarf sehe, klargestellt, dass eine abschließende Entscheidung vorliegt.

Das Kreisparteigericht hat zu Recht angenommen, dass sich die beim Kreisparteigericht erhobene Wahlanfechtung erledigt hat. Denn der Antragsgegner hat dem Anfechtungsbegehren des Antragstellers dadurch Rechnung getragen, dass er die Vorstandswahlen am 1. Juli 2004 wiederholt hat.

Das Kreisparteigericht hat weiterhin im Ergebnis zutreffend erkannt, dass der Antragsteller an der Feststellung der Unwirksamkeit der Wahlen kein berechtigtes rechtliches Interesse hat. Das nach § 44 PGO in Verbindung mit § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO nach Erledigung der Wahlanfechtung notwendige berechnete Interesse an der begehrten Feststellung ist nur dann gegeben, wenn nach vernünftigen Erwägungen ein durch die Sachlage gerechtfertigtes Interesse an einer Entscheidung besteht. Das Interesse kann rechtlicher, wirtschaftlicher oder ideeller Art sein (vgl. CDU-BPG 4/82). Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor.

Wird - wie im vorliegenden Fall - eine angefochtene Wahl wiederholt, so entfällt das Rechtsschutzinteresse an der Feststellung der Unwirksamkeit der erledigten Wahl regelmäßig allein schon dadurch, dass für den Antragsteller die Möglichkeit besteht, die Neuwahl anzufechten.

Ohne Erfolg macht der Antragsteller geltend, das Feststellungsinteresse ergebe sich aus der bestehenden und bereits konkret gewordenen Wiederholungsgefahr. Da - nach seinem eigenen Vorbringen - die von ihm gerügten Fehler teilweise erneut begangen worden sind, ist es dem Antragsteller zuzumuten gewesen, die Wiederholungswahl anzufechten und in diesem Verfahren die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl prüfen zu lassen.

Entgegen der Ansicht des Antragstellers besteht auch kein Rehabilitationsinteresse. Bei einer Vorstands- und Delegiertenwahl nicht die erforderliche Anzahl der Stimmen erhalten zu haben, ist in einer demokratischen Partei ein normaler Vorgang ohne jeden diskriminie-

renden Charakter. Eine für ein Feststellungsinteresse notwendige Beeinträchtigung schutzwürdiger Persönlichkeitsrechte des Antragstellers ist auch nicht ansatzweise feststellbar.

Sollte der Antragsteller mit seinem Feststellungsantrag auch das Frauenquorum allgemein angreifen, besteht insoweit schon deshalb kein Feststellungsinteresse, weil das Bundesparteigericht dessen Zulässigkeit als geklärt ansieht (vgl. CDU-BPG 2/2004). Ein Verstoß gegen verfassungsrechtliche Grundsätze, etwa das Gebot innerparteilicher Demokratie (Art. 21 GG), ist schon deshalb nicht zu erkennen, weil die Statuten der CDU lediglich eine Wahlwiederholung nicht jedoch eine feste Quote vorschreiben.

Schließlich unterliegt auch der Beschluss des Landesparteigerichts vom 24. Februar 2005 nicht der Aufhebung, weil er sich aus den oben genannten Gründen als im Ergebnis zutreffend erweist.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 43 PGO.

gez. Dr. Rumler-Detzel
Lang

gez. Dr. Bonde

gez. Dr. Lambert-

gez. Tropf

gez. Dr. Knippel

Ausgefertigt: Berlin, 1. Februar 2006